

mit Schwerpunkt **M&A-Report**

Ausmaß der Gewinnverlagerung deutscher Unternehmen ins Ausland

Multinationale Unternehmen in Deutschland können – innerhalb gesetzlich festgelegter Grenzen – durch eine gezielte Gestaltung von Finanzierungsstrukturen und Verrechnungspreisen steuerpflichtige Gewinne zu Unternehmensteilen ins Ausland verlagern, wo diese einer niedrigeren Besteuerung unterliegen. Das Ausmaß derartiger Gewinnverlagerungen ist jedoch umstritten. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Unternehmenssteuerreform 2008 wurden Beträge von unterschiedlicher Größe genannt. Eine aktuelle Untersuchung des ZEW hat nun die Gewinnverlagerung deutscher Direktinvestoren eingegrenzt.

Gewinne entstammen der Buchgewinnverlagerung aus Deutschland – als maximal denkbare Ausmaß von Gewinnverlagerungen von deutschen Investoren zu ihren ausländischen Investitionsobjekten interpretieren. Buchgewinnverlagerungen von inländischen Direktinvestitionsobjekten zu ausländischen Investoren oder zwischen Konzernschwestern sind durch diese Vorgehensweise indes ausdrücklich nicht erfasst.

Maximal denkbare Buchgewinnverlagerung im Outbound-Fall (Mrd. €)



Für eine Eingrenzung des Ausmaßes der Buchgewinnverlagerungsaktivitäten zwischen deutschen Direktinvestoren und ihren ausländischen Investitionsobjekten ist die Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank sehr hilfreich. Sie stellt Daten über an deutsche Direktinvestoren geflossene Dividenden und sonstige ausgeschüttete Gewinne sowie die im Ausland reinvestierten Gewinne bereit. Die Addition beider Positionen mit anschließender Korrektur um die geleisteten Steuerzahlungen ergibt einen Schätzwert für

die im Rahmen von Direktinvestitionen im Ausland angefallenen Gewinne. Wird bei der Korrektur um die geleisteten Steuerzahlungen ein großzügig gewählter durchschnittlich im Ausland geltender Steuersatz von 30 Prozent unterstellt (der durchschnittliche Steuersatz auf Unternehmensgewinne in der EU beträgt lediglich 23,6 Prozent), so lässt sich der gewonnene Schätzwert unter der (extremen) Annahme eines „originären“ ausländischen Geschäftsergebnisses von Null – das heißt alle bei ausländischen Töchtern verzeichneten

Deutlicher Anstieg seit 2001

Die vom ZEW geschätzte maximal denkbare Buchgewinnverlagerung im Rahmen von Outbound-Investitionen, also von Investitionen deutscher Muttergesellschaften bei den ausländischen Tochterunternehmen, liegt bis zum Jahr 2003 jährlich unter 20 Milliarden Euro. Im Jahr 2001 sinkt sie kurzfristig sogar auf 0,93 Milliarden Euro, um danach bis zum Jahr 2006 auf etwa 61 Milliarden Euro steil anzusteigen. Der deutliche Anstieg der Schätzwerte

IN DIESER AUSGABE

Ausmaß der Gewinnverlagerung deutscher Unternehmen ins Ausland	1
Vor allem das verarbeitende Gewerbe setzt auf eingebettete Systeme	2
Vorschulische Bildungsinvestitionen bringen die höchsten Erträge	3
Perspektiven von Chemieunternehmen mit europäischen Wurzeln	4
ZEW Konferenzen	5
Termine, Neuerscheinungen, ZEW intern . . .	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

nach 2001 lässt sich aus rein steuerlicher Sicht mit der damals erfolgten Abschaffung des körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens zu Gunsten des Halbeinkünfteverfahrens erklären. Beim körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahren konnte auf Gewinnausschüttungen deutscher Kapitalgesellschaften lediglich die deutsche Körperschaftsteuer auf die persönliche Einkommensteuer von Aktionären angerechnet werden, nicht hingegen eine im Ausland einbehaltene Körperschaftsteuer auf weiterausgeschüttete Gewinne von ausländischen Tochtergesellschaften. Diese Auslandsgewinne unterlagen somit zum Ausschüttungszeitpunkt einer Doppelbelastung mit ausländischer Körperschaftsteuer und inländischer Einkommensteuer. In Deutschland erwirtschaftete und ausgeschüttete Gewinne wa-

ren dagegen nur einer Einmalbelastung mit inländischer Einkommensteuer unterworfen. Zur Befriedigung der Dividendenforderungen ihrer inländischen Aktionäre mussten deutsche Kapitalgesellschaften deswegen in nicht unerheblichem Umfang stets auch inländische Gewinne generieren und in Deutschland versteuern, da andernfalls die Ausschüttungen keinen Anspruch zur Anrechnung der Körperschaftsteuer vermittelten. Die diskriminierenden Wirkungen des körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens schützten somit trotz der vergleichsweise hohen Tarifbelastung am Standort Deutschland das deutsche Steuersubstrat gegen extensive Buchgewinnverlagerungen ins niedrig besteuerte Ausland. Nach der Einführung des Halbeinkünfteverfahrens im Jahr 2001 profitieren nunmehr sowohl in- als

auch ausländische Dividenden und Veräußerungsgewinne im körperschaftsteuerlichen Sektor vom Beteiligungsprivileg. So setzte sich Deutschland ungemildert dem internationalen Steuerwettbewerb aus, da Gewinne aus ausländischen Quellen aus der Sicht der Aktionäre eine höhere Nettorendite vermitteln, sofern die ausländische unter der inländischen Tarifbelastung liegt. Dies ist für Investitionen in der Mehrzahl der ausländischen Standorte der Fall. Vor diesem Hintergrund ist die Unternehmensteuerreform 2008 in Deutschland dort folgerichtig, wo sie die steuerliche Tarifbelastung der Unternehmensgewinne absenkt, um die Verlagerung von Buchgewinnen ins Ausland weniger attraktiv zu machen.

*Jost H. Heckemeyer, heckemeyer@zew.de
Prof. Dr. Christoph Spengel, spengel@zew.de*

Vor allem das verarbeitende Gewerbe setzt auf eingebettete Systeme

Insgesamt 13 Prozent der baden-württembergischen Unternehmen des IT- und Mediensektors und des verarbeitenden Gewerbes fertigen mittlerweile Produkte mit eingebetteten Systemen. Dies zeigt die fünfte repräsentative FAZIT-Unternehmensbefragung, die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) von September bis November 2007 durchgeführt hat und deren Auswertung jetzt vorliegt.

Eingebettete Systeme sind elektronische Rechnersysteme, die innerhalb einer größeren Umgebung bestimmte, vordefinierte Funktionen übernehmen, indem sie Prozesse steuern, regeln oder überwachen. Sie finden sich heutzutage in Geräten der Unterhaltungselektronik ebenso wie in Autos, Flugzeugen, Waschmaschinen oder Mobiltelefonen.

Bei der Nutzung solcher Systeme durch Unternehmen in Baden-Württemberg gibt es deutliche Unterschiede. Während 27 Prozent der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes angeben, Produkte zu fertigen, die eingebettete Systeme enthalten, sind es im IT- und Mediensektor nur 9 Prozent. Dies dürfte auf den relativ hohen Anteil an Dienstleistungsunternehmen im IT- und Mediensektor zurückzuführen sein.

Die Herstellung von Produkten mit eingebetteten Systemen erfolgt hauptsächlich in mittleren und großen Unternehmen mit mindestens 20 Mitarbeitern. So erstellen 29 Prozent der Unternehmen mit 20 bis 249 Mitarbeitern derartige Produkte, bei den Unternehmen mit mindestens 250 Mitarbeitern sind es 25 Prozent. Kleinere Unternehmen entwickeln dagegen weitaus seltener Pro-

dukte, die eingebettete Systeme enthalten. Von den Unternehmen mit 5 bis 19 Beschäftigten fertigen nur 19 Prozent derartige Produkte und von den Kleinstunternehmen mit weniger als 5 Mitarbeitern sind es sogar nur 8 Prozent.

An der Befragung des ZEW zur Verwendung von eingebetteten Systemen im Rahmen der FAZIT-Studie beteiligten sich 729 baden-württembergische Unternehmen des IT- und Mediensektors sowie des verarbeitenden Gewerbes. Das „Forschungsprojekt für aktuelle und zukunftsorientierte IT und Medientechnologien und deren Nutzung in Baden-Württemberg“ (FAZIT) ist ein vom Land Baden-Württemberg gefördertes gemeinnütziges Forschungsprojekt (www.fazit-forschung.de).

Benjamin Engelstätter, engelstaetter@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Vorschulische Bildungsinvestitionen bringen die höchsten Erträge

Bereits in der frühen Kindheit werden, überwiegend in der Familie, beim Kind die Kapazitäten aufgebaut (oder nicht aufgebaut), die eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg in der Schule und später auf dem Arbeitsmarkt sind. Wie groß die Erträge aus einer guten frühkindlichen Bildung indessen sind, war bisher unklar. Diesem Thema widmet sich jetzt eine Studie des ZEW (ZEW DP 08-001). Deren Ergebnisse deuten darauf hin, dass zusätzliche Investitionen im Vorschulalter das spätere Lebens Einkommen deutlich erhöhen. Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen würden besonders stark profitieren.

Der Ertrag von Investitionen in die Ausbildung und Entwicklung individueller Fähigkeiten und Kompetenzen im Lebenszyklus ist umso höher, je besser die Grundlagen sind, die hierfür bereits in der Kindheit gelegt werden. Denn für die Gehirnentwicklung sind die Erfahrungen in der frühen Kindheit, die das Kind im Umgang mit den Eltern und der Umgebung macht, strukturbildend, im Positiven wie im Negativen.

Ungleichheit entsteht sehr früh

Viele Studien (unter anderem IGLU und PISA) zeigen, dass die Ungleichheit von Fähigkeiten und gemessenen Schülerkompetenzen bereits sehr früh sichtbar ist, und in hohem Maße vom Familienhintergrund bestimmt wird. Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen haben somit in aller Regel, was ihre frühkindliche Bildung betrifft, deutlich schlechtere Ausgangsbedingungen für Schule und Arbeitsmarkt als Kinder aus besser gestellten Familien. Ungleichheit entsteht also bereits sehr früh, und weist ab dem Alter von drei bis vier Jahren eine hohe Persistenz auf. Schulversagen, Jugendarbeitslosigkeit sowie Desintegrationstendenzen bereits unter Jugendlichen lassen dennoch vermuten, dass in Deutschland zu wenig in die Entwicklung von Fähigkeiten im frühen Kindesalter investiert wird. Die hiezulande aktuell zu beobachtenden Bemühungen um mehr Investitionen in Kinder im Vorschulalter setzen somit an der richtigen Stelle an.

Um festzustellen, wie hoch die potenziellen Erträge solcher Investitionen sein könnten, wird in der aktuellen Studie des ZEW ein Simulationsmodell zur Humankapitalbildung über den Lebenszyklus mit Daten zur Ungleichheit

den Altersgruppen von sechs bis zwölf Jahren pro Kopf und Jahr. Nach der ZEW Studie würden diese zusätzlichen jährlichen Aufwendungen bis zum sechsten Lebensjahr das Lebens Einkommen (im Alter bis 65 Jahre) der geförderten Kinder um bis zu 55.590 Euro erhöhen. Werden im Vergleich dazu zusätzliche Investitionen im Alter vom sechsten bis zum zwölften Lebensjahr vorgenommen, wird ein Ertrag in Form eines höheren Lebens Einkommens von bis zu 37.177 Euro erzielt. Die Simulationsergebnisse verdeutlichen, dass der Nutzen einer Bildungsinvestition in der

Erträge von Bildungsinvestitionen in Abhängigkeit vom Familienhintergrund

a) für Investitionen in Kinder in den ersten sechs Lebensjahren

Perzentil Familienhintergrund	Aufgezinste Bildungskosten (Barwert zum Alter 18)	Zunahme des Lebens Einkommens (Barwert zum Alter 18)	Prozentualer Anstieg des Lebens Einkommens	Zunahme des Lebens Einkommens in Prozent der Kosten
10.	5.378 €	55.590 €	13,49%	1.033,73%
50.	5.378 €	38.177 €	4,65%	709,93%
90.	5.378 €	32.000 €	2,58%	595,06%

b) für Investitionen in Kinder im Alter zwischen 6 und 12 Jahren

Perzentil Familienhintergrund	Aufgezinste Bildungskosten (Barwert zum Alter 18)	Zunahme des Lebens Einkommens (Barwert zum Alter 18)	Prozentualer Anstieg des Lebens Einkommens	Zunahme des Lebens Einkommens in Prozent der Kosten
10.	4.775 €	37.177 €	9,02%	778,55%
50.	4.775 €	26.221 €	3,19%	549,11%
90.	4.775 €	21.000 €	1,69%	439,78%

Quelle: ZEW

von Schülerleistungen und Arbeitsverdiensten in Deutschland verbunden. Verglichen werden die Erträge von zusätzlichen Investitionen in die Fähigkeiten von Kindern, die im Vorschulalter (bis zum sechsten Lebensjahr) oder im Alter zwischen dem sechsten und dem zwölften Lebensjahr getätigt werden. Der Umfang der zusätzlichen Investitionen wird mit jeweils 658,80 Euro angesetzt, das sind zehn Prozent der derzeitigen jährlichen Pro-Kopf-Ausgaben für Kinder bis zum sechsten Lebensjahr, beziehungsweise mit 428,50 Euro, das sind zehn Prozent der staatlichen Ausgaben für Bildung in

frühen Kindheit am höchsten ist. Wie aus der Tabelle ersichtlich wird, sind die Erträge aus zusätzlichen Bildungsinvestitionen zudem für die Kinder, die von ihrem sozio-ökonomischen Hintergrund her eine geringere frühkindliche Bildung zu erwarten haben (10. Perzentil) relativ am höchsten. Eine ertragsorientierte Politik, die die deutliche Steigerung des Humankapitals und die Verminderung von Ungleichheit in der Gesellschaft zum Ziel hat, ist somit gut beraten, bei der frühkindlichen Entwicklung von Fähigkeiten anzusetzen.

Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de,
Karsten Reuß, reuss@zew.de

Perspektiven von Chemieunternehmen mit europäischen Wurzeln

Zu einem Vortrag über das Thema „Perspektiven von Chemieunternehmen mit europäischen Wurzeln“ konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz im Februar 2008 den Vorstandsvorsitzenden der BASF SE, Dr. Jürgen Hambrecht, am ZEW begrüßen. Mehr als 200 Gäste waren der Einladung zu dieser Veranstaltung gefolgt.

Zu Beginn seines Vortrags nannte Hambrecht einige Fakten zur chemischen Industrie weltweit (ohne Pharma). Die chemische Industrie sei eine Schlüsselindustrie, die stark fragmentiert sei. Auf die zehn größten Unternehmen entfielen lediglich 17 Prozent Marktanteil. Seit 1990 befinde sich die chemische Industrie in einem Umstrukturierungsprozess, der noch nicht abgeschlossen sei. Viele Unternehmen hätten sich in den vergangenen Jahren spezialisiert. Mittlerweile gehe die Tendenz allerdings wieder in Richtung Konsolidierung und es entstünden wieder größere Unternehmen. Hinzu komme, dass verstärkt neue Wettbewerber aus dem mittleren Osten und aus Asien auf den Markt drängten.

Lieferant neuer Materialien

Die chemische Industrie sei stark von wettbewerbsfähigen Rohstoff- und Energiekosten abhängig. Diese lägen bei Chemieprodukten zwischen 50 und 90 Prozent. Als hoch innovative Branche sei die Chemie wichtigster Lieferant von neuen Materialien für die gesamte produzierende Industrie. Asien sei derzeit mit einem Anteil von 35 Prozent am weltweiten Umsatz in Höhe von 2.000 Milliarden US-Dollar bereits führend, dieser Anteil werde in Zukunft aber noch steigen.

Die großen Herausforderungen für die chemische Industrie sind für Hambrecht die internationalen Ungleichge-



Dr. Jürgen Hambrecht bei seinem Vortrag am ZEW

Foto: ZEW

wichte beim Wachstum, auf den Arbeitsmärkten, bei den Kosten für Rohstoffe und Energie, auf den Finanzmärkten und bei den Rahmenbedingungen. Länder wie China und Indien hätten mittlerweile einen Vorteil durch enorme Wachstumsraten und deutlich geringere Energie- und Rohstoffkosten. Die Unternehmen der chemischen Industrie in Europa müssten damit zu recht kommen, dass 50 Prozent des weltweiten Wachstums der chemischen Industrie auf Asien entfalle.

Die BASF sei mit ihrem ausgewogenen Portfolio – Chemikalien, Kunststoffe, Veredelungsprodukte, Pflanzenschutz und Ernährung sowie Öl und Gas – breit aufgestellt. Der Umsatz habe im Jahr 2006 52,6 Milliarden Euro betragen. Das Unternehmen sei mit Produktions- und FuE-Standorten weltweit vertreten, allerdings sei Europa als Heimatmarkt besonders wichtig.

Die BASF als die „Chemical Company“ habe den Anspruch, in ihren Geschäftsbereichen das beste Unternehmen zu sein. Durch Reorganisation und Restrukturierung habe das Unternehmen seit Mitte des Jahres 2005 allein am Standort Ludwigshafen Kosten in Höhe von 480 Millionen Euro eingespart. Des Weiteren habe auch ein konsequentes Portfoliomanagement – Zukäufe von

Unternehmen etwa in den Sparten Pflanzenschutz, technische Kunststoffe oder Elektrochemikalien sowie Verkäufe von Unternehmenssparten wie etwa Pharma, Düngemittel oder Raffinerien – zu den besseren Ergebnissen beigetragen.

So habe die BASF ihr Portfolio weg von den Basisprodukten verändert. „Wir rücken immer näher an den Kunden heran“, so Hambrecht, „weil dort Forschung und Entwicklung noch bezahlt werden.“ 1,4 Milliarden Euro gebe die BASF im Jahr für Forschung aus, davon 20 Prozent für so genannte Konzernforschung, die sich auf globale Megatrends wie beispielsweise die wachsende und alternde Weltbevölkerung, Verstärkung, Energiebedarf und Klimaschutz sowie Globalisierung konzentriere.

BASF wirtschaftet nachhaltig

Hambrecht verwies darauf, dass es das Ziel der BASF sei, nachhaltig zu wirtschaften und die Produktion zu steigern bei gleichzeitiger Verringerung von Abfall und Treibhausgasen. Dazu habe das Unternehmen beispielsweise klare Zielvorgaben zur Emissionsminderung erarbeitet und weltweit einheitliche Standards eingeführt.

Katrin Voß, voss@zew.de

Diskussion über Energiesicherheit

Am Thema Energiesicherheit zeigen Politik und Wissenschaft in jüngster Vergangenheit wieder verstärkt Interesse. Aus diesem Anlass veranstaltete das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim Ende 2007 eine internationale Konferenz zum Thema „Energy Security – Concepts and Indicators“. Auf dem Gebiet der Energiesicherheit renommierte Forscher diskutierten theoretische, empirische und angewandte Arbeiten zu Definition, Analyse und vor allem auch Messung von Energiesicherheit.

Grundlegende Fragen der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Ener-

giesicherheit wurden in fast allen Beiträgen und Diskussionen während der Konferenz angesprochen. Über potenzielles Marktversagen oder Externalitäten wurde ebenso gesprochen wie über Aspekte der unvollständigen Information und die Frage der Quantifizierbarkeit dieser Forschungsgegenstände. Ausgehend vom Thema Energiesicherheit wurden auch Querbezüge zu verwandten Themen wie Sicherheitspolitik und vor allem Klimapolitik hergestellt.

Das Spektrum der Referenten und Beiträge reichte von David Greene, Oak Ridge National Laboratories (USA), der über die Messung der Kosten der Ölab-

hängigkeit der Vereinigten Staaten referierte, über eher grundsätzliche theoretische Analysen, wie beispielsweise der Untersuchung von Anil Markandya, Universität Bath (Großbritannien), der anhand eines Modellrahmens die Konsequenzen von Unsicherheit untersuchte, bis hin zu eher politikwissenschaftlichen Perspektiven. Hier wäre etwa Frank Umbach von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin zu nennen, dessen Arbeit die Energiesicherheit in einen breiteren Zusammenhang globaler politischer Herausforderungen stellte.

Ulf Moslener, moslener@zew.de

Workshop des RNIC zur strukturellen Modellierung in der Industrieökonomik

Im Januar 2008 fand am ZEW ein Workshop des Research Network on Innovation and Competition Policy (RNIC) zur strukturellen Modellierung in der Industrieökonomik statt. Rund 40 Wissenschaftler nahmen zwei Tage lang an diesem Workshop teil. Zentraler Bestandteil der Veranstaltung waren die Vorlesungen von zwei ZEW-Gastwissenschaftlern zur Methodik struktureller ökonomischer Modellierung. Im zweiten Teil des Workshops präsentierten Nachwuchswissenschaftler sowie erfahrene Wissenschaftler Anwendungen der am ersten Tag vorgestellten Methoden.

Minjae Song, University of Rochester, stellte im Vorlesungsteil der Veranstaltung die Grundidee der Schätzung von Nachfragesystemen mit differenzierten Produkten dar. Er spannte einen Bogen von den Anwendungen über die methodischen Probleme und Weiterentwicklungen bis hin zu einem sehr neuen Ansatz der Nachfrageschätzung,

bei dem die Nutzenspezifikation ohne individuelle statistische Zufallskomponente auskommt. Stephen P. Ryan, MIT, setzte den methodischen Teil fort und gab eine Einführung in die theoretischen Grundlagen dynamischer Spiele. Im Detail vermittelte er verschiedene Ansätze und Techniken zur Schätzung dynamischer Spiele, die das zentrale Problem der Identifikation und Selektion eines Gleichgewichts des zugrunde liegenden ökonomischen Modells zu lösen oder zu umgehen versuchen. Als eine Anwendung präsentierte Stephen P. Ryan seine Arbeit zur Evaluation der langfristigen Wohlfahrtseffekte durch eine Umweltregulierung im US-amerikanischen Markt für Zement, unter expliziter Berücksichtigung dynamischer Aspekte wie Markteintritt und Investitionsverhalten in diesem konzentrierten Markt.

Im zweiten Teil des Workshops wurden weitere konkrete Anwendungen zur strukturellen Modellierung präsentiert.

Dabei handelte es sich zum Beispiel um Analysen zu Werbung und Konsumentenentscheidungen, zu Produkteinführungsentscheidungen im Automobilmarkt, zu den Effizienzgewinnen durch Deregulierung der Eigentümerstruktur von Radiosendern oder zu Anreizen für Investitionen in die Geldautomateninfrastruktur.

Zahlreiche positive Rückmeldungen im Anschluss an den Workshop haben das starke und wachsende Interesse an der strukturellen ökonomischen Modellierung in der Industrieökonomik gezeigt. Sie lassen erwarten, dass existierende und neue Kontakte zwischen dem ZEW und seinen Gästen durch die Zusammenarbeit in Forschungsprojekten oder durch die Beteiligung an weiteren Workshops und Konferenzen im Rahmen von RNIC weiter gefestigt werden.

Weitere Informationen zum RNIC Netzwerk sind unter www.zew.de/RNIC abrufbar.

Hannes Ullrich, hannes.ullrich@zew.de

TERMINE

Mannheimer Unternehmenssteuertag

Das ZEW führt in Kooperation mit der Universität Mannheim am 24. Juni 2008 erneut den „Mannheimer Unternehmenssteuertag“ durch. In diesem Jahr stehen praxisrelevante Fragen der Finanzierung internationaler Konzerne im Mittelpunkt, die aus den durch die Unternehmenssteuerreform 2008 geänderten steuerlichen Rahmenbedingungen resultieren. Die kostenpflichtige Veranstaltung richtet sich vor allem an Mitglieder des Vorstands und der Geschäftsleitung, an Finanz- und Steuerfachleute großer und mittlerer Unternehmen sowie Steuerberater und Wirtschaftsprüfer.

Weitere Informationen und Anmeldung: www.zew.de/unternehmenssteuertag2008
Karin Schönfelder: Telefon 0621/1235-243, E-Mail schoenfelder@zew.de

16th Ph.D. Workshop on International Climate Policy

Einer der beiden jährlichen Doktoranden-Workshops des European Ph.D. Network on International Climate Policy findet in diesem Jahr vom 1. bis 2. Mai am ZEW statt. Doktoranden des Netzwerks haben hierbei die Möglichkeit, ihre Dissertation mit anderen Doktoranden sowie mit Wissenschaftlern, die auf dem Gebiet der internationalen Klimapolitik arbeiten, zu diskutieren.

Weitere Informationen zu dieser Veranstaltung finden sich auf der Webseite des ZEW unter: www.zew.de/icpworkshop2008

Non-Cognitive Skills: Acquisition and Economic Consequences

Die erste Konferenz des Forschungsnetzwerks „Non-Cognitive Skills: Acquisition and Economic Consequences“ findet vom 15. bis 17. Mai 2008 am ZEW in Mannheim unter aktiver Beteiligung des Wirtschaftsnobelpreisträgers Prof. James J. Heckman statt. Das Netzwerk wird von der Leibniz Gemeinschaft im Rahmen des Pakts für Forschung und Innovation 2008 finanziert. Die Konferenz soll dazu dienen, Theorien und Methoden aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen zu diskutieren und zu eruieren, inwieweit sie sich nutzen lassen, um neue Erkenntnisse über die Bedeutung nicht-kognitiver Fähigkeiten für die moderne Wirtschaft zu gewinnen.

Weitere Informationen zur Veranstaltung finden sich auf der ZEW-Webseite unter: www.zew.de/de/veranstaltungen/details.php?LFDNR=789

EXPERTENSEMINARE

- | | |
|----------------|--|
| 28.-30.4.2008 | Betriebswirtschaftliches Handeln – Unternehmenssimulation zu betriebswirtschaftlichen Grundlagen |
| 05.05.2008 | Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I – Vektor-Autoregressive Modelle |
| 06.05.2008 | Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II – Nicht-stationäre Zeitreihen und Kointegration |
| 07.05.2008 | Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III – Erstellung von Prognosemodellen |
| 26.-28.05.2008 | Simulating Tax Reforms in Dynamic Heterogeneous Agent Models |
| 29.05.2008 | Pflichten der Geschäftsführer, Vorstände und Aufsichtsräte im Rahmen der Rechnungslegungsvorschriften |

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 08-016, Niels Anger, Jayant Sathaye: Reducing Deforestation and Trading Emissions: Economic Implications for the Post-Kyoto Carbon Market.

Nr. 08-015, Reint Gropp, Florian Heider, The Determinants of Capital Structure: Some Evidence from Banks.

Nr. 08-014, Philipp Eisenhauer, Friedhelm Pfeiffer: Assessing Intergenerational Earnings Persistence Among German Workers.

Nr. 08-013, Dirk Czarnitzki, Andrew A. Toole: The R&D Investment-Uncertainty Relationship: Do Competition and Firm Size Matter?

Nr. 08-012, Bernd Fitzenberger, Karsten Kohn, Alexander C. Lembcke: Union Density and Varieties of Coverage: The Anatomy of Union Wage Effects in Germany.

Nr. 08-011, Bernd Fitzenberger: Nach der Reform ist vor der Reform? Eine arbeitsökonomische Analyse ausgewählter Aspekte der Hartz-Reformen.

Nr. 08-010, Friedhelm Pfeiffer, Karsten Reuß: Intra- und intergenerationale Umverteilungseffekte in der bundesdeutschen Alterssicherung auf Basis humankapitaltheoretischer Überlegungen.

ZEW INTERN

ZEW-Präsident Franz erneut einer der „Fünf Weisen“

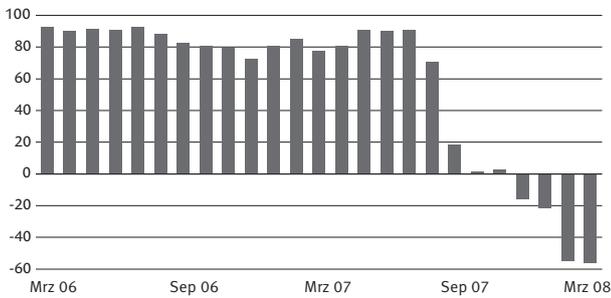
Der Bundespräsident hat auf Vorschlag der Bundesregierung Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz erneut für die Dauer von fünf Jahren bis Ende Februar 2013 in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berufen. Franz gehörte dem Rat bereits von 1994 bis 1999 und von 2003 bis 2008 an.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim hat erneut Gerhard Stratthaus MdL, Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, zu seinem Vorsitzenden gewählt. Zu seinem Stellvertreter wurde wieder der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der BASF SE, Dr. h.c. Eggert Voscherau, bestimmt.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im März 2008

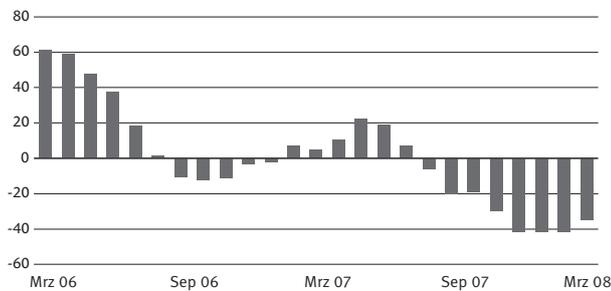


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Experten bleiben bei Zinssenkungen

Die Finanzmarktexperten rechnen weiter damit, dass die EZB die Zinsen senken wird. Der entsprechende Indikator hat im März noch einmal leicht um einen Punkt auf minus 56,2 Punkte nachgegeben. Zwar sieht die EZB Risiken für die Preisstabilität und müsste somit die Zinsen erhöhen, allerdings hat sie diese im März ein weiteres Mal in Folge konstant belassen. Dies wird als Stützung der Konjunktur interpretiert. Die Finanzmarktexperten gehen davon aus, dass die EZB dies auch in den kommenden sechs Monaten tun wird.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



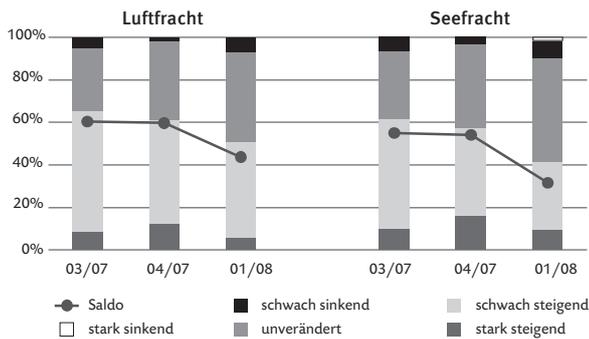
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Konjunkturerwartungen erholen sich

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für die Eurozone haben sich im März um 6,4 auf minus 35 Punkte verbessert. Dies legt nahe, dass ab September 2008 wieder mit einer Belebung der Konjunktur gerechnet wird. Den Finanzanalysten zufolge hellen sich mittelfristig insbesondere die Exportaussichten wieder etwas auf. So bewerten sie die Aussichten für die Vereinigten Staaten optimistischer und sehen Aufwertungspotenzial für den US-Dollar gegenüber dem Euro. Bis Mitte des Jahres dürfte sich die Konjunktur allerdings noch merklich abschwächen.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

TransportmarktBarometer: Weniger Transport auf Nordatlantikroute

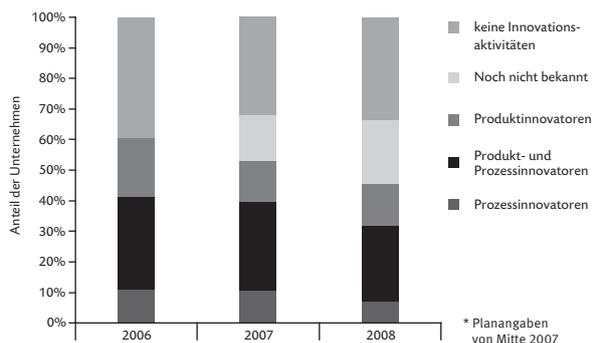


Quelle: ZEW

Die Entwicklung des Transportaufkommens auf der Nordatlantikroute wird im ersten Quartal 2008 skeptischer eingeschätzt als noch im vierten Quartal 2007. Schlechte Wirtschaftsnachrichten aus den USA führen bei den Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW zu vorsichtigeren Prognosen. Die Anzahl der Experten, die von steigenden Transportmengen ausgeht, nimmt ab, während die Anzahl derer, die mit einem geringeren Transportaufkommen rechnen, zunimmt. Der entsprechende Saldo in der Luftfracht sinkt folglich um etwa 15 Prozent und in der Seefracht um etwa 20 Prozent.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Gummi- und Kunststoffverarbeitung: Geringere Innovationsbeteiligung in 2008



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Der Anteil der innovativ tätigen Unternehmen in der deutschen Gummi- und Kunststoffverarbeitung wird im Jahr 2008 vermutlich zurückgehen. Mitte 2007 planten nur 46 Prozent der Unternehmen, im Jahr 2008 Innovationsaktivitäten durchzuführen. Im Jahr 2006 waren dagegen noch 61 Prozent innovativ tätig. Zwar waren in der aktuellen Befragung 21 Prozent der Unternehmen noch unsicher, ob sie 2008 in neue Produkte oder neue Prozesse investieren würden, die Erfahrung zeigt aber, dass sich selten mehr als die Hälfte der noch unsicheren dann doch noch für Innovationsaktivitäten entscheiden.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Agenda 2010

Die Regierungserklärung vom 14. März 2003, in der der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Grundzüge der Agenda 2010 vorstellte, jährte sich unlängst zum fünften Mal. Wie sieht die Bilanz aus? Die

Agenda beinhaltet weniger ein detailliert ausgearbeitetes Drehbuch konkreter Reformmaßnahmen, sondern war eher eine Chiffre für einen Politikwechsel der seinerzeitigen Bundesregierung. Die Agenda nahm in den darauffolgenden Monaten Gestalt an, indem sie sich zu einem Vorschläge der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz-Kommission“) zu eigen machte, zum anderen Anstöße zu weitreichenden wirtschaftspolitischen Reformprojekten im Rahmen der Unternehmensbesteuerung und des Gesundheitswesens gab. Begleitet wurde die spätere Umsetzung der Agenda durch vielfältige wirtschaftspolitische Beratungen, wie beispielsweise im Hinblick auf die Unternehmenssteuerreform seitens des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Stiftung Marktwirtschaft und bei der Gesundheitsreform seitens der „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“ („Rürup-Kommission“) und des „Kronberger Kreises“. Insoweit liegt es nahe, die Agenda 2010 in einen breiteren Kontext zu stellen, nämlich angefangen von der Berliner Rede des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog im Jahr 1997 („Ruck-Rede“), über die erwähnte Regierungserklärung bis hin zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen in der vorangegangenen und zu Beginn der derzeitigen Legislaturperiode.

Drei Bereiche stehen im Mittelpunkt der folgenden Betrachtung: der Arbeitsmarkt, die Unternehmensbesteuerung und die Systeme der Sozialen Sicherung.

Das Kernstück der Reformen am Arbeitsmarkt betrifft den zielführenden oder zumindest in die richtige Richtung gehenden Umbau des Systems der Lohnersatzleistungen, namentlich die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II und die seinerzeitige Verkürzung

der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengelds auf in der Regel 12 Monate und 18 Monate für Ältere. Beide Elemente stellen wichtige Schritte zu einem funktionstüchtigen Unterstützungssystem bei Arbeitslosigkeit dar. Anderen Projekten, wie etwa den Personal-Service-Agenturen, war hingegen kein Erfolg beschieden. Zu den Negativposten gehört weiterhin, dass eine Flexibilisierung des institutionellen Regelwerks auf dem Arbeitsmarkt nicht oder bestenfalls – wie beim gesetzlichen Kündigungsschutz – nur sehr behutsam angegangen wurde.

Ebenfalls gemischt fällt die Bilanz der Unternehmenssteuerreform aus. Die steuerliche Standortattraktivität Deutschlands verbessert sich dadurch deutlich, wohingegen die Entscheidungsneutralität bezüglich des Finanzierungswegs einer Investition und der Wahl der Rechtsform des Unternehmens gravierend verletzt wurde. Nach der Reform ist somit vor der Reform.

Licht und Schatten gibt es ebenso bei der Reform der Sozialen Sicherungssysteme. Positiv zu Buche schlagen die gleitende Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, die schrittweise Einführung der nachgelagerten Besteuerung sowie die Berücksichtigung eines „Nachhaltigkeitsfaktors“ bei der Rentenanpassung. Hingegen muss die Finanzierungsreform der Gesetzlichen Krankenversicherung als im Wesentlichen verfehlt beurteilt werden, dies betrifft insbesondere den Gesundheitsfonds, den der Sachverständigenrat als „Missgeburt“ bezeichnet hat.

Bei aller Kritik läutete die Agenda 2010 mithin in vielen Bereichen einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel ein, sie kann eine Reihe von Erfolgen verbuchen. Der politische Preis, den die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als die damals führende Regierungspartei in Form verlorener Wahlen dafür hat zahlen müssen, war hoch. Umso mehr ist zu bedauern, dass gerade diese Partei, aber nicht nur sie, sich angeschickt hat, das Erreichte wieder zu verspielen, unter anderem in Gestalt von Mindestlöhnen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2008